

Bürger zur Kombi-Trasse: „Das kann's nicht sein“

380 kV-Leitung erhitze gestern erneut Gemüter / Technik und Strecke vorgestellt

LANDKREIS (sdl) • „Das kann's ja wohl nicht sein...“ Die Kommentare aus den Reihen der Zuhörer im Kreisentwicklungsausschuss ließen gestern keine Zweifel aufkommen: Betroffene Bürger wollen selbst eine kombinierte Kabel- und Freileitungstrasse für die heftig umstrittene 380 kV-Leitung zwischen Ganderkesee und St. Hülfe auf keinen Fall akzeptieren.

Helga Möhring-Bening forderte gestern im Twistringer Rathaus die Offenlegung der betriebswirtschaftlichen Zahlen von E.ON Netz. Denn die Bürger bezweifeln, dass die gesamte Erdverkabelung wesentlich teurer wäre als eine Kombi-Lösung mit zwölf, jeweils 2500 Quadratmeter großen Übergangsstationen, an denen das Stromkabel aus 60 Metern Höhe in die Erde geführt werden muss. Für Friedrich Wilhelm Bening eine „Horrorvorstellung“. Betroffene Bürger forderten den Landkreis gestern auf, sich an einer Klage oder einer EU-Beschwerde zu beteiligen.

Klipp und klar stellten Ausschuss-Vorsitzender Werner Scharrelmann (CDU) und Erster Kreisrat Wolfram van Lessen heraus, dass der Landkreis keinen Einfluss auf die Trassenbau-Entscheidung habe: Genehmigungsbehörde sei das Landesamt für Straßenbau und Verkehr.

Die Kombitrasse hatte E.ON Netz nach der Verabschiedung des niedersächsischen Erdkabelgesetzes erarbeiten lassen. Helma Dirks (Prognos, Berlin) und Dr. Ilse Albrecht (intac, Hannover) stellten in Twistringen die Technik und die Streckenführung ausführlich vor. Danach besteht die Freileitung aus Aluminium-Stahl, das Erdkabel (Durchmesser: 14 Zentimeter) aus Polyethylen mit Kupferdraht. Verlegt wird es in einem zwischen sieben und 13 Meter breiten Kabelgraben.

Die exakte Breite wird zurzeit berechnet, denn sie hängt entscheidend von der Anzahl der Systeme ab, die für eine ganz bestimmte Transportleistung gebraucht werden. Bis zu vier sind

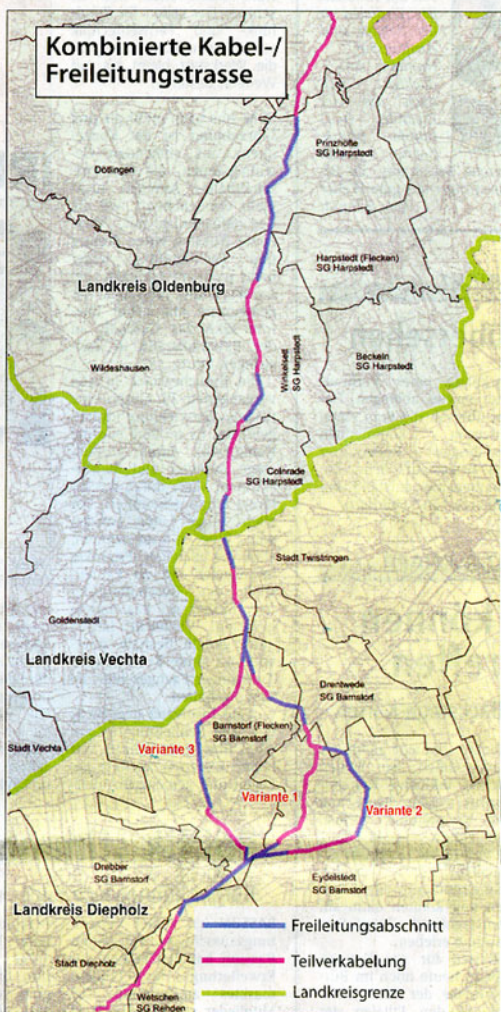
denkbar, wobei jedes aus drei Kabelsträngen besteht.

Der 1,70 Meter tiefe Kabelgraben hat eine Sohle aus Magerbeton, darüber liegt eine Kunststoffplatte, dann Erdreich. Die Flächen können beackert, dürfen aber weder bebaut noch mit tiefwurzelnden Pflanzen bestückt werden. Muffen verbinden die zwischen 400 und 700 Meter langen Kabelstränge miteinander.

„Die 380 kV-Leitung Ganderkesee/Diepholz-St. Hülfe hat den Charakter eines Pilotprojektes“, betonte Helma Dirks. Das sei mit einer längeren Planungs- und Bauzeit verbunden sowie einem höheren finanziellen Aufwand. Zur Betriebssicherheit lägen keine Erfahrungen aus der Praxis vor.

Dr. Ilse Albrecht präsentierte gestern drei Varianten dieser Kombi-Leitung. Besondere technische Herausforderung dabei: die Unterquerung der Hunte. Eine Variante führt in westlicher Richtung um Barnstorf, die beiden anderen in östlicher. Letztere unterscheiden sich aber in der Länge. Nach Ansicht von Dr. Albrecht spricht vieles für die Variante 1, die kürzere Strecke östlich um Barnstorf. Denn sie verfüge über die längste Verkabelungsstrecke (31,1 Kilometer unterirdisch, 24,7 Kilometer Freileitung.)

Außerdem seien die Beeinträchtigungen der Lebensräume für Brut- und



Kombi-Trasse mit Freileitungsabschnitten und Erdverkabelung: Drei Varianten präsentierte Dr. Ilse Albrecht (intac) gestern im Fachausschuss für Kreisentwicklung – und sah viele Vorteile für die Variante 1, die auf kurzem Wege östlich um Barnstorf führt. Grafik: Ehmann

Gastvögel bei den Varianten 2 und 3 höher.

Überzeugen konnten Helma Dirks und Dr. Ilse Albrecht die betroffenen Bürger allerdings nicht. Die

Freileitungsabschnitte müssten Bäume abgeholzt werden, mahnte ein Zuhörer: „Da wird eine Schneise durch den Landkreis geschlagen.“

Winkelsetter lehnen Trassenverlauf ab

GEMEINDERAT In Stellungnahme die Wiederholung des Raumordnungsverfahrens gefordert

Drei Übergangsstationen sind nach jetzigem Stand in Winkelsett geplant. Das ist dem Gemeinderat zu viel.

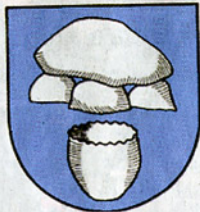
VON ESTHER ROTHSTEGGE

WINKELSETT/WOHLDE – Untragbar für die Gemeinde Winkelsett findet Bürgermeister Gert Weidenhöfer das Konzept für die kombinierte Kabel- und Freileitungstrasse für die 380-KV-Leitung der Firma Eon. Die Trasse solle zur einen Hälfte als Freileitung verlaufen, die andere werde in

sieben Abteilungen unterirdisch verlegt, berichtete der Bürgermeister auf der Sitzung des Winkelsetter Gemeinderats am Mittwochabend im Jägerkrug in Wohlde.

Drei große Übergangsstationen würden dann auf Winkelsetter Gebiet entstehen. „Dazu kommt, dass die Freileitung rigoros durch Waldgebiete in Spradau und in Mahlstedt geführt wird und nur 200 Meter von Häusern entfernt verläuft“, so Weidenhöfer weiter.

In ihrer Stellungnahme zum Konzept lehnt die Gemeinde Winkelsett deshalb



auch die teilweise Freileitung entschieden ab. „Durch die vorgesehenen Freileitungsabschnitte würden in erheblichen Maße empfindliche Wald-Ökosysteme zerstört“, heißt es darin. Außerdem wür-

den sich die Kabelübergabestationen negativ auf das Landschaftsbild auswirken und rund 7500 Quadratmeter landwirtschaftliche Fläche in Anspruch nehmen.

Die Gemeinde Winkelsett fordert deshalb in dem Schreiben an die Regierungsvertretung Oldenburg eine Wiederholung des Raumordnungsverfahrens. Sie geht weiter davon aus, dass eine Abwägung aller Aspekte nur eine vollständige unterirdische Leitung zum Ergebnis haben kann. Bis zum 20. Juni haben übrigens auch andere Gemeinden, durch deren Gebiet die Trasse verläuft, die Gele-

genheit, ihre Stellungnahme abzugeben.

Thematisiert wurde im Jägerkrug auch der Neubau des Radweges an der Kreisstraße K5. Bürgermeister Weidenhöfer berichtete, dass das Planfeststellungsverfahren in diesem Jahr abgeschlossen werde, damit der Ausbau in 2009 vorgenommen werden kann. 62 000 Euro kostet der Radweg die Gemeinde. Er soll nördlich der Kreisstraße von Harpstedt nach Köhren/Winkelsett verlaufen. Weidenhöfer hofft aber, dass es dann vor allem in der Gefahrenzone Reckum zu einer Entzerrung komme.

„Raumordnung wiederholen“

Gemeinde Winkelsett hält nichts von kombinierter Freileitungs-Erdkabel-Trasse

WINKLSETT (boh) ■ Rein in die Erde, raus aus der Erde, und das Ganze mehrmals hintereinander – so stellt sich die E.ON Netz GmbH aktuell den Bau der 380-kV-Höchstspannungsleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe vor. Die Gemeinde Winkelsett macht in einer am Mittwoch vom Rat einstimmig verabschiedeten Stellungnahme an die Regierungsvertretung Oldenburg deutlich, was sie davon hält: rein gar nichts! Dass Teilbereiche weiterhin „überspannt“ werden sollen, lehnt die Kommune entschieden ab. Ein Dorn im Auge sind ihr nicht zuletzt die vorgesehenen Übergabestationen an den Schnittstellen zwischen Freileitungs- und Erdkabel-Teilstücken. Dabei handelt es sich um massive Baukörper von beträchtlichem Ausmaß. Gleich drei davon sind auf Winkelsetter Gemeindegebiet vorgesehen. Dafür würden über 7500 Quadratmeter landwirtschaftliche Nutzfläche „verbraucht“, moniert die Kommune. „Die geplanten Kabelübergabestationen in Mahlstedt und Kellinghausen liegen zudem nur 200 Meter von Wohngebäuden entfernt und wären mit erheblichen Störungen der

Anlieger verbunden“, heißt es in der Stellungnahme. Kritik wird darin auch laut an der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch diese Baukörper sowie an der Zerschneidung der empfindlichen Wald-Ökosysteme in Spradau/Hölingen und Mahlstedt durch die vorgesehenen Freileitungsabschnitte.

■ Nach wie vor ■ harte Gangart

Winkelsett hält an der Forderung nach einer kompletten Erdverkabelung fest. Die Kommune vertritt zudem die Ansicht, das mit einer „landesplanerischen Feststellung“ bereits abgeschlossene Raumordnungsverfahren müsse wiederholt werden, da es seinerzeit „nur auf eine Freileitungsführung ausgelegt war“ und – trotz eindringlicher Forderung – „keine Optimierung der Trassen für eine

Erdverkabelung vorgenommen wurde“. Die Rechtslage habe sich mit dem Niedersächsischen Erdkabelgesetz geändert. Vor diesem Hintergrund sei das anstehende Planfeststellungsverfahren mit dem Ergebnis der landesplanerischen Feststellung nicht in Einklang zu bringen.

„Es dürfte zumindest unstrittig sein, dass das Raumordnungsverfahren durch die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen zu völlig anderen Ergebnissen führen würde“, schreibt die Gemeinde. Ihre Stellungnahme hat sie mit der Samtgemeindeverwaltung abgestimmt.

Die Regierungsvertretung hatte den Kommunen zunächst nur sehr wenig Zeit gelassen, sich zu der aktuell vorgesehenen kombinierten Erdkabel-Freileitungs-Trasse

zu äußern. Sie wollte die Stellungnahmen bis zum 5. Juni auf dem Tisch haben. Schließlich erweiterte die Behörde das Zeitfenster bis zum 20. Juni, verbunden mit dem Hinweis, dass eine weitere Fristverlängerung ausgeschlossen sei. Dass die Gemeinden derart unter Zeitdruck gesetzt werden, stieß im Winkelsetter Rat auf Kritik. Bürgermeister Gert Weidenhöfer beklagte außerdem die deutlich verspätete Nachreichung der Legende zu dem Kartenmaterial für die Trasse.

Auch das Gebaren der E.ON Netz GmbH fand er befremdlich. Zwar halte sich der Energieriese an die Vorgaben des Erdkabelgesetzes, komme den Betroffenen darüber hinaus aber keinen Millimeter entgegen. So solle die Leitung rigoros durch Wald geführt werden, und mit den Übergabestationen rücke die E.ON so weit wie möglich an Wohnbebauung heran. „Das ärgert mich“, gab Weidenhöfer offen zu. Die bestehende 110-kV-Leitung solle nun entgegen ursprünglicher Planungen „hängen bleiben“.

Eine moderatere Gangart als bislang lasse die E.ON Netz leider nicht erkennen.

Rein in die Erde, raus aus der Erde...

Auf Ganderkeseer Gemeindegebiet will die E.ON Netz GmbH die 380-kV-Leitung nun unterirdisch verlegen. Die Klein Henstedter Heide soll indes „überspannt“ werden. Hintern Campingplatz in Mahlstedt geht's nach den Vorstellungen des Energieriesen wieder in die Erde – bis zu Nordbruch in Kellinghausen. Von dort ist eine Überlandleitung bis hinter dem Windpark in Spradau geplant, woran sich dann wiederum auf Colnrader Gemeindegebiet ein Erdkabelabschnitt anschließt. Die aktuelle Trassenplanung ist im Internet als PDF-Dokument unter www.eon-netzausbau.com abrufbar.

„110-kV-Leitung gleich mit in die Erde legen“

CDU-Kreistagsfraktion hat Antrag zur Beratung im Umweltausschuss beim Landrat eingereicht

HARPSTEDT (boh) • Auch im Bereich der Samtgemeinde Harpstedt fordere die CDU-Kreistagsfraktion eine durchgängige Erdverkabelung auf der 380-kV-Trasse Ganderkesee-St. Hülfe. Das sagte gestern Fraktionssprecher Hans-H. Hubmann auf Nachfrage der Kreiszeitung. Den aktuellen Plänen der E.ON Netz zufolge sollen Teilbereiche nach wie vor „überspannt“ werden, so etwa die sensible Klein-Henstedter Heide. Die CDU-Kreistags-

fraktion hat indes am Montag bei Landrat Frank Eger einen Antrag zur Beratung im Umweltausschuss eingereicht: Der Landkreis Oldenburg möge im Zuge des Baus der 380-kV-Leitung Ganderkesee-St. Hülfe die Erdverkabelung der bestehenden 110-kV-Freileitung gleich mit einfordern, zumal ohnehin ein Kabelgraben erstellt werden müsse. Dies mache allein schon aus Kostengründen Sinn. Die Union hielte es aus finanziellen und ökologi-

schen Gründen für „unverantwortlich“, wenn die über 45 Jahre alte 110-kV-Leitung bestehen bliebe, während „auf der gleichen Trasse eine mit erheblichen Erdarbeiten verbundene“ (Teil-)Verkabelung der 380-kV-Leitung erfolge. Nach Einschätzung der CDU wäre es ratsam, beide Erdverkabelungen in einem Rutsch zu vollziehen.

Würde die 110-kV-Leitung zu einem späteren Zeitpunkt unterirdisch verlegt, wäre dies „erheblich teurer und

aufwendiger“. Im Übrigen sei damit zu rechnen, dass die 110-kV-Leitung aufgrund ihres Alters einen erhöhten Unterhaltungsbedarf verursache, wenn sie vorerst bestehen bliebe. Käme sie in die Erde, trüge dies auch zu einer erheblichen Verbesserung der Situation derjenigen Anwohner bei, deren Häuser nahezu unter der jetzigen Trasse stünden. Das Thema wird am Freitagabend auch den CDU-Kreisparteitag in Hengsterholz beschäftigen.

Gemeinde beharrt auf kompletter Erdverkabelung

STROMTRASSE Colnrade wehrt sich gegen Kombination mit Freileitung – Tourismuspläne gefährdet

COLNRADÉ/MAB – Das Konzept für eine kombinierte Kabel-/Freileitungstrasse der Eon Netz GmbH auf der Strecke Ganderkesee-St. Hülfe lehnt die Gemeinde Colnrade ab und fordert weiterhin die vollständige Erdverkabelung für die geplante 380-kV-Hochspannungsleitung. Das teilte die Gemeinde jetzt in einer Stellungnahme mit, zu der sie Mitte April von der Regierungsvertretung aufgefordert wurde.

„Laut Grobkonzept würden zum Ortsteil Austen lediglich die erforderlichen 200 Me-

ter Abstand von der Freileitung zu Einzelgehöften eingehalten, d.h. eine Freileitung würde hier zu dauerhaften Umweltbelastungen und zu Wertverlusten der Grundstücke führen“, heißt es in dem Schreiben der Gemeinde. Die parallel zur Hunte vorgesehene Freileitung würde nicht nur einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft bedeuten, sondern auch die Bestrebungen der Gemeinde Colnrade im touristischen Bereich gefährden. Parallel zur Hunte verlaufe hier ein Radfernweg („Hunteweg“), und

zudem erwarte die Gemeinde Colnrade positive Entwicklungen im Kanutourismus. Die Gemeinde Colnrade beteilige sich aktiv am interkommunalen Projekt „Flusslandschaft Hunte“ und möchte in diesem Zusammenhang weitere infrastrukturelle Maßnahmen in Colnrade durchführen. Die Attraktivität für Touristen würde durch die Freileitung erheblich vermindert, und dürfte zu Einnahmeausfällen im touristischen Sektor führen.

Des Weiteren wird ausgeführt: Die Errichtung von Frei-

leitungen mit 40 Meter hohen Masten sowie Übergabestationen wäre allgemein mit erheblichen Attraktivitätsverlusten als Wohn- und Lebensstandort verbunden, so dass Einwohnerverluste zu befürchten seien. Zudem würden die 2500 Quadratmeter versiegelte Fläche pro Übergabestation in Colnrade zu einem Flächenverbrauch von über 7500 Quadratmeter landwirtschaftlicher Nutzfläche führen. Diese Übergabestationen befinden sich nach der Planung nur ca. 200 Meter von Wohngebäuden entfernt.

Nach Ansicht der Gemeinde Colnrade ist die Bündelung und Aufrüstung vorhandener Trassen vorzuziehen, um die Zerstörung weiterer intakter ländlicher Räume, mit deren unumkehrbaren Folgen für Mensch, Natur und Landschaft, zu vermeiden. Ratsherr Frank Windhorst betonte, dass diese Stellungnahme der Gemeinde keine rechtsbindende Wirkung habe und zu keinem Planungsschritt gehöre – weder zum Raumordnungs- noch zum Planfeststellungsverfahren.